



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

W/II/29 - 4. Februar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24881-89

Fernschreiber 0886890

Abweise

zum Inhalt:

Sweimal CDU	S. 1
Gefahr für die deutsch-holländische Nachbarschaft	S. 2
Da die Ärztliche Fürsorge für den Soldaten	S. 5
Ollenhauers Amerika-Programm	S. 6
Die Spannungen DP und Kanzlerpartei	S. 9

Hü und Hott !

sp. Die Journalisten, die in der vergangenen Woche die Bundestagsdebatte über die Aussenpolitik erlebten und dem Kanzler nach Berlin gefolgt waren, haben sich erstaunt angesehen, als Dr. Adenauer plötzlich eine bald zu erwartende "Wende in der Weltpolitik" ankündigte. Wenige Tage zuvor hatten der Außenminister und die Parteifreunde Adenauers im Bundestag alles daran gesetzt, um nachzuweisen, dass sich "an der Welt nichts verändert" habe und dass infolgedessen das Drängen der Opposition in Richtung auf eine salive Politik der Wiedervereinigung sinnlos sei. So wird also in der Bundesrepublik geschaukelt. Einmal Hü und einmal Hott.

Aber wer hat nun recht? Kiesinger, Strause und Jäger, oder Dr. Adenauer? Wahrscheinlich weise aus die Führung der CDU selbst nicht. Am Montag wurde in Bonn von Leuten, die es wissen müssen, erzählt, der Bundeskanzler habe am vergangenen Donnerstag seine Berliner Rede mit dem deutlichen Hinweis auf Entspannungstendenzen in der Weltpolitik bereits fertig gehabt und deswegen den Bundestag verlassen, als seine Parteifreunde sich kampfhaft bemühten, die Politik der militärischen Blöcke zu rechtfertigen. Trotz des Drängens von Kiesinger und Jäger war der Bundeskanzler weggegangen und hatte seine sich verzweifelt gegen die Argumente der Opposition wehrender Schildkrappe alleingelassen.

Wie es heisst, fragt man sich jetzt im CDU-Fraktionsvorstand verzweifelt, wie man verhindern kann, dass der alte Herr in Zukunft noch mehrmals die von der Bundesfraktion der CDU mit so viel Mühe gezogene Linie wieder verbiegt.

Zur Sache: Ein Vergleich zwischen der Haltung der CDU-Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche mit der Kanzlerrede in Berlin lässt den Verdacht aufkommen, dass die Bundesrepublik von Leuten regiert wird, die nicht wissen, was sie wollen. Das ist sehr schlimm für das deutsche Volk.

+ + +

- 2 -

Nationalistische Restbestände

Von unserem Holland - Mitarbeiter

D.Str. - Als Ende April 1949 Einheiten der Königlichen Feldgendarmerie in den Ortsteil Suderwick einzogen, um namens der Königin der Niederlande die Verwaltung dieses deutschen Gebietes zu übernehmen, geschah es als eine Art Zwangsvollstreckung aus einem Anspruch der Niederlande, den die Verordnung 184 der Besatzungsmächte gewährte. Dieser Anspruch räumte Holland die Besetzung deutscher Grenzgebiete auf Zeit ein. Zugleich besetzten niederländische Polizeieinheiten das Salfkantgebiet am Niederrhein und ein Stück deutsches Land bei Elten im Kraise Raes. Die Niederlande unterstellten diese Gebiete sogenannten Landdrosten, die, im Auftrage ihrer Regierungen, nur sehr zögernd finanzielle Mittel zur notwendigsten Unterhaltung dieser Gebiete bereitstellen. Infolge der Indonesienkrise waren die Niederlande in den späteren Jahren nicht in der Lage, diese in ihre Verwaltung übergebenen Gebiete finanziell zu unterstützen, sodass schon im Jahre 1950 in Suderwick (Landkreis Borken i.W.) das Gerücht ging, die Niederlande beabsichtigten, die Gebiete des Salfkant, um Elten und bei Suderwick wieder aus ihrer Verwaltung zu entlassen. Leider erwies sich diese Mutmassung als falsch und über 6 000 deutsche Menschen blieben weiterhin unter holländischer Verwaltungshoheit.

Es darf in diesem Zusammenhang nicht geleugnet werden, dass die Ressentiments, die gegen Deutschland infolge der Besetzung Hollands im zweiten Weltkrieg zwar auch noch heute hier und da vorhanden sind, in den Niederlanden bei der Bevölkerung von Jahr zu Jahr abgeklingen sind. Die vielen regionalen deutsch-niederländischen Vereinigungen haben daran einen nicht geringen Anteil.

Nun hören wir, dass der Landdroste von Elten den Bau einer Autostrasse forcieren will, die von Süd nach Nord den Salfkant durchquert. Im Hintergrund aber soll die Einverleibung dieses Gebietes in das holländische Königreich stehen. Die Folge würde sein, dass damit sieben Landgemeinden endgültig aus dem deutschen Staatsverband entlassen werden müssen.

Nach der Regelung der deutsch-belgischen Grenzverhältnisse, die sehr zur guten und gemeinsamer europäischen Nachbarschaft beider Länder

beigetragen hat, konnte man die Hoffnung haben, dass auch der Fall der deutschen Grenzlinien mit den Niederlanden eine Bereinigung finden würde. Optimistische Äußerungen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gaben in dieser Hinsicht zu mancher Hoffnung Anlass. Allerdings haben sich die vielen Frauen und Männer, die seit Jahren für ein gutes deutsch-niederländisches Nachbarschaftsverhältnis eingetreten sind, nicht träumen lassen, dass die niederländische Regierung nunmehr darangeht, vollendete Grenzatsachen zu schaffen.

Die holländische Regierung unter der politischen Leitung des Ministerpräsidenten Drees, der als aufgeschlossen gilt und stets für ein gutes Nachbarschaftsverhältnis mit der Bundesrepublik eingetreten ist, sollte dafür sorgen, dass an der deutsch-niederländischen Grenze keine Wunden aufgerissen werden, die seit einigen Jahren in einem Heilprozess begriffen sind. Allerdings bleibt für Niederlande die Verpflichtung, schnellstens Klarheit darüber zu schaffen, wie sie sich den weiteren Verlauf der Verhandlungen über die deutschen Grenzgebiete unter holländischer Verwaltung denken. Denn: die bisherige finanzielle Unterstützung dieser Gebiete war gering; Schulen und Strassen sind in einem nicht beneidenswerten Zustand, und die Einwohner dieser Gebiete haben kein Wahlrecht zu den niederländischen parlamentarischen Institutionen.

+ + +

Langfristige Planung notwendig

Von Dr. Elonor Hubert, MdB.

Wie ist es um die ärztliche Fürsorge für die Soldaten der Bundeswehr bestellt? Bis Jahresende sollen nach dem Willen der Regierung etwa 100 bis 130 000 Menschen unter Waffen stehen. Besorgt fragt sich die Öffentlichkeit, ob die verantwortlichen Stellen mit dem gleichen Eifer, mit dem sie an den Aufbau der Bundeswehr herangehen, auch um die Aufrechterhaltung der Gesundheit der Soldaten und im Falle von Krankheiten um deren rascheste Heilung bemüht sind. Werden die dazu nötigen Voraussetzungen geschaffen?

Die Frage, ob aufgrund der Erfahrungen des letzten Krieges die Errichtung von Lazaretten in der von Verteidigungsministerium vorge-

schlagener Form noch zweckmässig ist, muss vor allem von drei Gesichtspunkten aus betrachtet werden:

1. Bestmögliche Versorgung der erkrankten Soldaten,
2. Bestmögliche Ausbildung von Ärzten und Pflegepersonal für den Ernstfall,
3. Die Notwendigkeit, im Ernstfalle sofort Chirurgen-Lazarette mit der Truppe mitgehen zu lassen und den Bestimmungen der NATO über die notwendige Zahl solcher Chirurgen-Lazarette zu entsprechen.

Die ärztliche Versorgung des Soldaten liegt, soweit es sich um leichtere Erkrankungen handelt, in der Hand des Truppenarztes. Bei schweren Erkrankungen, in Sonderheit Operationen, muss auch für den Soldaten die Gewähr gegeben sein, dass die für den jeweiligen Fall notwendige bestmögliche Behandlung erfolgen kann. Die Spezialisierung in der modernen Medizin macht es aber unmöglich, dass alle Spezialisten auch an Militärkrankenhäusern vertreten sind, wenn man nicht Fachkenntnisse brach liegen lassen will. Ebenso lassen sich die Erfahrungen, die grosse Unfallkrankenhäuser oder Universitätskliniken heute z.B. in der modernen Brust- und Kopfchirurgie besitzen, nicht in einem Lazarett sammeln. Entfernungen spielen bei der heutigen Verkehrsmitteln nur eine geringe Rolle. In einem Umkreis von 50 bis 100 km werden für jede Truppeneinheit, auch für die auf Übungsplätzen befindlichen, notwendige Allgemein-, wie auch Spezialkrankenhäuser erreichbar sein. Das Einzugsgebiet etwa von Universitätskliniken reicht sowieso weit über 100 km hinaus. Als veraltet kann wohl die Vorstellung gelten, der Soldat müsse auch als Kranker unter militärischer Aufsicht bleiben. Im Krankheitsfalle ist der Soldat nichts anderes als ein kranker Mensch, für den die gleichen Bedingungen gelten müssen wie für jeden anderen Staatsbürger.

Die ärztliche Tätigkeit wird an Lazaretten immer einseitig und daher für die Ausbildung und Fortbildung künftiger Feldlazarett-Chirurgen unzureichend sein. Sie wird gegenüber der Ausbildung an grossen Allgemeinkrankenhäusern und Universitätskliniken zurückstehen, weil es sich bei ihnen um eine bestimmte Auswahl von Patienten handelt, d.h. jugendliche Jahrgänge mit meist landläufigen Krankheitsbildern, bei denen seltener Komplikationen auftreten. Im Ernstfalle aber wird es sich um die Behandlung z.B. schwerster Bauch- und Kopfverletzungen

und internistisch etwa um Bekämpfung von Schockwirkungen und ernstern Kreislaufkomplikationen handeln.

Wenn auf die hervorragenden Leistungen der deutschen Militärärzte in Kriegen hingewiesen wird, so muss man dazu bemerken, dass unter 10 Ärzten nur ein aktiver Militärarzt war. In der Zeit vom 1. September 1939 bis 1. Juni 1944 waren beim Heer 2 170 aktive Sanitäts-offiziere und 20 126 Sanitäts-offiziere der Reserve tätig. Die Aktiven, von denen noch ein grosser Teil aufgrund seiner besonderen Kenntnisse in der Organisation des Sanitätswesens tätig war, spielten also praktisch für die Versorgung der Verwundeten im Ernstfälle so gut wie keine Rolle. Für das Sanitätspflegepersonal dürften ähnliche Zahlen zutreffen. Auch hier stammte die grösste Zahl aus Zivilberufen.

Ein Argument, mit dem man sich noch auseinandersetzen muss, ist die kurzfristige Mobilmachung. Im Ernstfall muss und kann jedes Krankenhaus kurzfristig einen Teil seiner Ärzte und Pflegekräfte abgeben. Ob sie dabei ein stationäres Lazarett oder ein Divisionschirurgen-Lazarett übernehmen, dürfte gleich sein. "Teams" von Ärzten und Pflegepersonal lassen sich auch in Friedenszeiten schon an Krankenhäusern und Kliniken bilden. Das ist eine Frage der richtigen Organisation und Planung für den Mobilmachungsfall. Für die Versorgung der Verwundeten in einem frontnahen Lazarett bringen sie sicher grössere Erfahrung mit als Chirurgen eines Militär-Lazaretts, die jahrelang ein einseitiges Krankengut betreut haben. Das gleiche gilt für die Pflegekräfte, die die Verwundetenversorgung am besten im zivilen Krankenhaus lernen. Der Verwundetentransport kann sowieso immer nur am "Phantom", d.h. an gesunden Soldaten geübt werden.

Wo für bestimmte Spezialaufgaben das eine oder andere bundeswehreibene Krankenhaus notwendig sein sollte, müsste die Leitung eines solchen Krankenhauses genauso durch Berufung erfolgen wie bei anderen Krankenhäusern, wie das auch bei den grossen Polizeikrankenhäusern früher der Fall war, um auch dort Chefärzte zu haben, die über ihre Fachausbildung hinaus über eine langjährige Erfahrung als Assistent oder Oberarzt einer grossen Klinik verfügen.

Diese aufs beste und modernste ausgestatteten Krankenanstalten müssen schon im Frieden auch der Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen. Sie müssen dort errichtet werden, wo sie im Katastrophenfall der Gesamtbevölkerung den denkbar grössten Schutz vor Atomschäden geben können. Ihre Planung muss von vornherein vom Bundesinnenministerium und dem Bundesministerium für Verteidigung gemeinschaftlich durchgeführt werden.

Für Deutschlands Einheit und Freiheit

Der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, wird im Februar zu einer kurzen Vortrags- und Informationsreise nach den Vereinigten Staaten und Kanada fahren.

Er ist von einer Anzahl Organisationen und Vereinigungen gebeten worden, Vorträge zu halten und er wird die Gelegenheit seines Amerika-Aufenthalts benutzen, um zahlreiche politische Gespräche mit herausgehender Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten und Kanada zu führen.

Vorgesehen sind je ein Vortrag vor den beiden wichtigsten Vereinigungen für Aussenpolitik in den Vereinigten Staaten, und zwar vor dem Council on Foreign Relations unter dem Vorsitz des früheren USA-Hochkommissars für Deutschland, John McCloy und der New Yorker Foreign Policy Assiation, den Vorsitz bei dieser repräsentativen Veranstaltung wird Prof. Dr. George Shuster übernehmen.

Erich Ollenhauer wird zwei Vorträge vor Universitäten halten und zwar vor der Universität von Kalifornien in Berkeley und vor den Alumni der Roosevelt-Universität in Chicago.

Zwei der bedeutendsten amerikanischen Clubs, die eine wichtige Form des öffentlichen Lebens in Amerika darstellen, haben den Oppositionsführer gebeten, vor ihren Mitgliedern zu sprechen. Erich Ollenhauer wird in San Francisco vor den Mitgliedern des Commonwealth-Club reden und in Ottawa vor dem Canadian-Club.

In diesen sechs Vorträgen wird Erich Ollenhauer Gelegenheit haben, eine Darstellung der sozialdemokratischen Politik zu geben und das Programm der Sozialdemokratie in Hinblick auf künftige Aufgaben zu umrissen.

Ein sehr umfangreiches Arbeitsprogramm erwartet Ollenhauer in den beiden Hauptstädten Washington und Ottawa. In Washington wird im Blair-House, in dem alle prominenten Besucher empfangen werden, vom State Department ein Empfang zu Ehren Ollenhauers gegeben werden.

Im Capitol in Washington werden Senatoren und Kongressmänner durch einen der prominentesten amerikanischen Parlamentarier, Frank Boyken, Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen mit Erich Ollenhauer während einer Veranstaltung aus Anlass seiner Anwesenheit haben.

Ebenso veranstaltet der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Green, einen Empfang für den Oppositionsführer, zu dem alle Senatoren und Kongressmänner, die Mitglied der Ausschüsse der beiden Parlamente sind, eingeladen wurden.

In Kanada sind Empfänge von der kanadischen Regierung und dem

4. 2. 1957

kanadischen Aussenminister, Lester Pearson, vorgesehen, auf denen Gelegenheit gegeben ist, kanadische Politiker und andere Persönlichkeiten der kanadischen Öffentlichkeit in Kontakt mit Erich Ollenhauer zu bringen.

Neben diesen offiziellen Veranstaltungen sind eine Reihe von Aussprachen unter vier Augen mit massgebenden Politikern in Washington, Ottawa und New York vorgesehen sowie Gespräche in den beiden Aussenministerien und Besuche im Kongress, im Pentagon in Washington sowie im Parlament und beim Speaker in Ottawa.

Selbstverständlich wird Erich Ollenhauer Gelegenheit haben, eingehende Gespräche mit den Führern der amerikanischen Arbeiterbewegung zu haben. Die grosse amerikanische Gewerkschaftsorganisation AFL/CIO wird eine Begegnung zwischen dem Gewerkschaftspräsidenten Moany, Sekretärmeister Schnitzler und allen in Washington weilenden Vizepräsidenten der amerikanischen Gewerkschaft und Erich Ollenhauer stattfinden lassen.

Das grosse jüdische Arbeiterkomitee in New York, das sich besonders auch um die deutsche und europäische Arbeiterbewegung in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren verdient gemacht hat, hat alle massgebenden Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung in New York zu einem Zusammentreffen mit Erich Ollenhauer eingeladen. Daneben finden Gespräche und Veranstaltungen mit dem bekannten amerikanischen Sozialistenführer Norman Thomas und den Leitern der jetzt vereinigten amerikanischen Sozialistischen Arbeiterpartei sowie dem Vorsitzenden der kanadischen sozialistischen Bewegung CCF, Canadian Commonwealth Federation, statt.

Die deutschen Botschafter Dr. Krekeler in Washington, Dr. Broich-Oppert (Vereinigte Nationen), New York, Dr. Hasso von Eizdorf in Ottawa sowie die deutschen Generalkonsule Dr. Keupf in San Francisco und Dr. Kraus in Montreal, die wesentlich an der Gestaltung des Reiseprogramms des Oppositionsführers beteiligt sind, planen eine Reihe von Empfängen und Veranstaltungen, mit deren Hilfe es möglich sein wird, Erich Ollenhauer mit zahlreichen prominenten Persönlichkeiten der amerikanischen und kanadischen Öffentlichkeit sowie mit massgebenden Vertretern der Vereinten Nationen zusammenzuführen.

Es sind daneben Gespräche mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld, dem Gouverneur des Staates New York, Hariman, dem Oberbürgermeister von New York, Wagner, vorgesehen.

In einem Zusammentreffen mit Vertretern der Claims Conference unter Führung von Dr. Nahum Goldmann, dem Vorsitzenden der Konferenz,

4. 2. 1957

wird Erich Ollenbauer Gelegenheit haben, die Probleme dieser weltumspannenden Organisation zu diskutieren.

Umfangreich sind die Begegnungen zwischen Presse, Rundfunk, Fernsehen und Erich Ollenbauer.

Unter anderem wird der Herausgeber von Time und Life, Henry Luce, mit den Herren seines Stabes zu einer ausführlichen Besprechung mit Erich Ollenbauer zusammentreffen. Der Herausgeber von New York Times, Arthur Hays Sulzberger, wird mit den wichtigsten Redakteuren dieser bedeutendsten Zeitung der Welt mit Erich Ollenbauer zusammentreffen.

In Washington findet u.a. ein Treffen mit der Overseas Writers Association statt, in der die prominentesten Auslandsjournalisten vereinigt sind. Dazu sind zahlreiche Gespräche und Pressekonferenzen mit Erich Ollenbauer in allen Städten vorgesehen. Im Fernsehen wird Erich Ollenbauer in einem der drei grossen, über die ganze Nation reichenden Fernsehprogramme (Die Jugend wünscht zu wissen) ein Interview geben.

Erich Ollenbauer wird am 10. Februar 1956, 16 Uhr, von Frankfurt mit dem Flugzeug Special Präsident der FAA abfliegen und am 11. Februar früh 6,30 Uhr, in New York eintreffen, wo sofort eine Pressekonferenz noch auf dem Flugplatz stattfindet. Sein Aufenthalt in New York wird drei Tage, in Washington 4 Tage und in Ottawa ebenfalls drei Tage sein. Er wird sich ausserdem einen Tag in Chicago und zwei Tage in San Francisco aufhalten. Der Rückflug erfolgt am 26. Februar von Montreal in Kanada über New York. Erich Ollenbauer wird am 27. Februar, mittags 14,45 Uhr in Düsseldorf wieder eintreffen.

Seine Reise wird ihn über 18 000 Kilometer führen. Während des zweiwöchigen Aufenthalts sind fast 20 offizielle Veranstaltungen und fast 50 verschiedene Besprechungen, Empfänge usw. vorgesehen. Erich Ollenbauer wird von dem Pressechef des SFD, Fr. Heine, dem Chefredakteur des "Telegraf", Arno Scholz, und dem Kameramann der Neuen Deutschen Wochenschau, Wilhelm Lippa, begleitet. In Amerika werden der frühere Reichstagsabgeordnete, Bernard Seger, bekannt durch sein Buch "Oranienburg", ebenfalls an der Reise teilnehmen.

+ + +

Die Drohung mit dem Hinauswurf

sp - Große Unfreundlichkeiten werden zwischen der CDU und der Deutschen Partei ausgetauscht. Der Kanzler droht seinem bisher getreuesten Vasallen mit dem Hinauswurf aus der Koalition, die DP wiederum, aus dem Munde des Bundestagsabgeordneten Schneider, quittiert diese unverhüllte Erpressung mit den Bemerkungen: Wir hängen nicht an den Ministerratsesseln, wir lassen uns nicht unter Druck setzen. Eine achtjährige Koalitionsgemeinschaft steht auf dem Spiel. Wird es, sieben Monate vor den Bundestagswahlen zum Bruch zwischen dem grossen Bruder in Bonn und der jetzt vom Rebellengeist erfüllten Deutschen Partei kommen? Sie ist der letzte Koalitionspartner der CDU, ein Ausscheiden aus der Regierung würde für die CDU den gefürchteten Alleingang bedeuten.

Dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Hellwege, viele Jahre lang Minister für Bundesratsangelegenheiten, ist der Abgang aus Bonn recht gut bekommen. Die Distanz von Hannover schärfte seinen Blick für die Brüchigkeit des Bonner Systems, als verhältnismässig noch junger Politiker will er seine Zukunft nicht auf die vergängliche Allmacht der Kanzlerpartei setzen. So war ihm die Fühlungnahme mit der Bayernpartei höchst willkommen. Auch mag ihm dabei die Erinnerung an die schändliche, von Herrschsucht und Verachtung diktierte Behandlung der FDP und des BHE durch den Kanzler zu Fusionsgesprächen mit Professor Baumgartner bewegen haben. Beide Parteien hätten ihr Zusammengehen mit dem Kanzler mit der Spaltung zu bezahlen. Zwar ist die DP als eine regional fest verankerte Partei weniger durch Bonner Intrigen gefährdet, aber es ist interessant, dass in diesem Zusammenhang die DP-Minister Meibohm und Merkatz schon als mögliche Opponenten des Hellwege-Kurses genannt werden. Wird deren Abhängigkeit von Adenauer stärker sein als die Verpflichtung zur Partei?

Am Kanzlerbrief an den niedersächsischen Ministerpräsidenten antwortet sich die doppelstängige Moral der führenden Regierungspartei. Was dem einen recht ist, darf dem anderen nicht billig sein. Der Vorsitzende der CDU, Dr. Hanns Seidel, führt schon seit langem Gespräche mit dem Vorsitzenden der Bayernpartei, Professor Baumgartner, er führt sie mit Billigung und im Auftrage der Bonner CDU-Zentrale, die hofft, durch Zugeständnisse an die Bayernpartei diese wieder indirekt an die Kanzlerpartei bekommen.

Noch ist die Entwicklung im vollen Fluss, ein Ende der Bewegungen bei den kleinen Parteien nicht in Sichtweite. Klar ist nur das Bestreben der CDU, durch Drohungen und Zuckerbrot diese Parteien wieder in ein Satellitenverhältnis zu bringen oder aber, im Falle der Deutschen Partei, es auch für die Zukunft zu sichern. Im Kampf um die Erhaltung ihrer Bonner Machtposition lässt die CDU nun alle Rücksichten fallen und die politische Moral in die Brüche gehen. Ihre Schwäche ist nur, dass sie diese Parteien zu einem politischen Kurs verpflichtet will, der früher oder später zu deren völliger politischer Ohnmacht führen muss. Schon die nächsten Tage werden zeigen, ob die Partei Hellweges den Weg der Selbsterhaltung oder der Unterwerfung wählt.

+ + +